



Zu meiner Person

Ich wurde 1969 geboren, habe Philosophie und Literatur studiert und in Volkswirtschaftslehre meinen Doktor gemacht. Von 2004 bis 2009 war ich Abgeordnete im Europaparlament. 2009 wurde ich in den Bundestag gewählt. Seit 2015 bin ich, gemeinsam mit Dietmar Bartsch, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.

Ich bin überzeugt: Wir brauchen eine grundlegend andere Politik in Deutschland – eine Politik für die Mehrheit der Menschen, statt für die Wirtschaftsfürsten und oberen Zehntausend. Helfen Sie mir dabei, der Großen Koalition des Sozialabbaus am 24. September die Rote Karte zu zeigen. Merkel und Co. haben keine Verlängerung verdient. Wir brauchen endlich eine Politik, die den Mut hat, sich mit den Reichen und Mächtigen anzulegen. Ich setze mich dafür ein, dass es statt Leiharbeit, Dauerbefristungen und Armutslöhnen sichere und gute Arbeitsplätze gibt. Ich streite für eine Rente wie

in Österreich, wo ein Durchschnittsrentner 800 Euro mehr im Monat hat. Ich will kein schikanöses Hartz-IV-System, sondern eine ordentliche Arbeitslosenversicherung, die bei Jobverlust auch wirklich vor dem sozialen Absturz schützt. Es muss bezahlbaren Wohnraum für alle geben und eine Steuerpolitik, die gerecht ist und diejenigen entlastet, die nicht zu den Reichen zählen. Und ich will eine echte Friedenspolitik, die konsequent auf Abrüstung und zivile Konfliktbewältigung setzt, statt unsere Soldaten und Soldatinnen in immer neue gefährliche Kriege zu schicken. Es reicht nicht, nur über soziale Gerechtigkeit zu reden. Man muss auch das Rückgrat haben, für eine wirkliche soziale Wende zu kämpfen und darf sich nicht vor den Mächtigen wegducken oder gar von ihnen kaufen lassen. Dafür stehe ich, und ich hoffe, dass Sie mich dabei unterstützen. Denn nur wenn der Druck von Links stark ist, wird eine andere, bessere Politik möglich: sozial, friedlich und gerecht. Im Interesse der Menschen in diesem Land.

Liebe Wählerin lieber Wähler,

fragen Sie sich, warum Ihre laufenden Kosten steigen, aber nicht Ihr Einkommen? Wie Sie Ihren Kindern noch eine gute Ausbildung ermöglichen können und ob Ihre Rente im Alter reicht? Haben Sie es satt, von Parteien regiert zu werden, denen die Interessen der Banken und Rüstungsindustrie wichtiger sind als die Bedürfnisse der Mehrheit? Sie haben die Wahl! DIE LINKE redet nicht nur von sozialer Gerechtigkeit, sie kämpft auch dafür: für höhere Löhne, gute Renten und die Wiederherstellung des Sozialstaates. Wohnung, Gesundheit und Pflege müssen für alle erschwinglich sein. Wir wollen Millionäre stärker besteuern und Familien entlasten. Und wir wollen eine Friedenspolitik, die auf Abrüstung und Entspannung setzt.

Wenn Sie von Weiter-so-Politik und leeren Worten die Nase voll haben, dann wählen Sie am 24. September DIE LINKE. Denn die soziale Wende kommt nur mit Links!

Ihre

Kontakt

Sahra Wagenknecht
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22 77 21 53
Fax: 030/22 77 61 53

sahra.wagenknecht@bundestag.de
www.sahra-wagenknecht.de

Sahra Wagenknecht

Glaubwürdig
für Gerechtigkeit.

DIE LINKE.



Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.

DIE LINKE will eine grundlegend andere Politik. Deutschland braucht mehr soziale Sicherheit und Frieden.

Seit 25 Jahren haben die Bundesregierungen unter Beteiligung von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP die Gesellschaft immer ungerechter gemacht. Reiche werden reicher, die Armen zahlreicher und öffentliches Eigentum wird verscherbelt. Für viele Menschen reicht das Geld nicht mehr für ein gutes und zufriedenes Leben.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die den Sozialstaat wiederherstellen will. Wir fordern:

- Von Arbeit muss man gut leben können. Deshalb muss der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro erhöht werden. Wir wollen gute und sichere Arbeitsplätze: Leiharbeit und Befristungen ohne sachlichen Grund wollen wir verbieten, Minijobs und unfreiwillige Teilzeit zurückdrängen.

- Arbeitslosigkeit darf nicht zum sozialen Absturz führen. Anstelle von Hartz IV wollen wir eine ordentliche Arbeitslosenversicherung, die bei Jobverlust tatsächlich trägt, auch langfristig.

- Lebensstandardsichernde Renten. Wir wollen die Rentenkürzungen der letzten Jahre rückgängig machen. Unser Ziel ist eine Reform der gesetzlichen Rente wie in Österreich, wo alle in den gleichen Rententopf einzahlen und ein Durchschnittsrentner 800 Euro mehr im Monat erhält als in Deutschland. Wir wollen ein Zurück zum Rentenbeginn ab 65.

- Ein staatliches Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von 120 Milliarden Euro. Wir lehnen Privatisierungen, etwa durch »öffentlich-private Partnerschaften« (ÖPP) bei Autobahnen und Schulen, ab.

Sie nutzen nur den Investoren und kommen die Öffentlichkeit teuer zu stehen. Mehr öffentliche Investitionen in Bildung und Gesundheit, Pflege und Erziehung, in Schwimmbäder und den sozialen Wohnungsbau sind dringend notwendig.

- Hohe Vermögen an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligen. Wir wollen Multimillionäre und Multimillionärinnen stärker besteuern, um die nötigen Zukunftsinvestitionen zu finanzieren. Vermögen oberhalb einer Million Euro und hohe Erbschaften müssen angemessen besteuert werden. Der Steuerflucht der Konzerne wollen wir einen Riegel vorschieben.

- Untere und mittlere Einkommen entlasten. Mit unserem Einkommensteuerkonzept zahlen alle weniger Steuern, die unter 7.100 Euro brutto im Monat (Steuerklasse I) verdienen. Einen Grundfreibetrag von 12.600 Euro wollen wir ganz von der Steuer befreien. Sehr hohe Einkommen dagegen sollen einen größeren Beitrag leisten. Wir sehen zwei Stufen einer Reichensteuer vor: 60 Prozent auf Einkommen oberhalb von 260.000 Euro im Jahr und 75 Prozent auf jeden Euro oberhalb einer Million.

- Mieterhöhungen stoppen. Wir wollen eine wirkliche Mietpreisbremse, flächendeckend und ohne Schlupflöcher. Wir wollen jährlich 250.000 neue Sozialwohnungen schaffen und sozialen, kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau stärken. Spekulation mit Wohnraum gehört verboten.

- Zwei-Klassen-Medizin abschaffen. Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen: Deshalb fordern wir eine Solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen – auch Beamte und Beamtinnen, Politiker und Politikerinnen und Unternehmer und Unternehmerinnen. So können Beiträge sinken und die Versorgung verbessert werden. Zuzahlungen, z. B. für Zahnersatz und Brille, schaffen wir ab.

Die Bundesregierung betreibt eine Außenpolitik, die unsere Sicherheit immer mehr gefährdet. Statt auf eine konsequente Friedenspolitik setzt sie auf Aufrüstung und militärische Interventionen. Eine solche Politik untergräbt Bemühungen um zivile Konfliktlösungen, fördert Gewalt und schafft immer neue Fluchtursachen.

DIE LINKE ist die einzige Friedenspartei. Wir fordern:

- Aufrüstung stoppen und Militärausgaben deutlich senken. Das NATO-Rüstungsziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts lehnen wir ab.

- Die US-geführte NATO durch ein defensiv orientiertes kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands ersetzen. In einem ersten Schritt wollen wir, dass die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird und die Bundesrepublik aus den militärischen NATO-Strukturen austritt. Statt auf Konfrontation und Sanktionen setzen wir auf eine neue Friedens- und Entspannungspolitik.

- Keine Kriegsbeteiligungen. Wir lehnen den Einsatz von Bundeswehrsoldaten und Bundeswehrsoldatinnen in Interventionskriegen wie in Syrien und Afghanistan ab und wollen die Bundeswehr nach Hause zurückholen.

- Schluss mit US-Atombomben und Kriegsbasen in Deutschland. Die Bundesrepublik darf den USA nicht mehr als Basis für ihre Kriege und Drohnenmorde dienen. Wir fordern die Schließung der US-Militärbasen und den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland.

- EU-Beitrittsverhandlungen mit Erdogan islamistischem Regime beenden. Wir stehen an der Seite der Demokraten und Demokratinnen in der Türkei und fordern einen sofortigen Exportstopp für Rüstungsgüter und -fabriken in die Türkei.

- Keine Unterstützung islamistischer Kopf-ab-Diktaturen und ihrer Kriege. DIE LINKE fordert den Stopp von Rüstungslieferungen nach Saudi-Arabien sowie der geplanten Ausbildung saudischer Militärs durch die Bundeswehr. Deutsche Rüstungsunternehmen müssen gezwungen werden, ihre Rüstungsproduktion in Saudi-Arabien einzustellen.

- Die Militarisation der EU beenden. Der Ausbau der EU zu einer »Verteidigungsunion« und die Schaffung einer europäischen Armee und »Militärunion« führen nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Europa, sondern erhöhen nur die Profite der Rüstungskonzerne.

